

KREISTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
BÖBLINGEN

Herrn
Landrat Roland Bernhard
Parkstraße 16
71034 Böblingen

KREISTAGSFRAKTION



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031/674874
☎ 07031/675062
☎ 01728111185
rolandmundle@aol.com

Schienenverbindung Calw – Weil der Stadt

Böblingen, 12.12.2012

- I. Kreistag**
- II. Antrag**

Der Kreistag möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. einen neuen Beschluss vorzubereiten, welcher den geänderten Rahmenbedingungen für den Landkreis BB (insbesondere: keine S-Bahn, Mit-Aufgabenträgerschaft des Landkreises Böblingen, Beteiligung an der Finanzierung) umfassend Rechnung trägt und diesen dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen,
2. die im Haushalt 2013 des Landkreises Böblingen eingestellten Planungskosten mit einem Sperrvermerk zu versehen,
3. nach der Besprechung im Bundesverkehrsministerium am 19.12.2012 den Kreistag zeitnah über die aktuellen, exakten Zahlenwerte der Nutzen-Kosten-Indizes sämtlicher Planungsvarianten, einschließlich der ursprünglichen S-Bahn-Variante, zu informieren,
4. zunächst aber das Gutachten "Hackstbergsschleife" (Anbindung von Grafenau/Schafhausen) mit sofortiger Wirkung auszusetzen. (s. Beschluss vom 20.12.2010),

5. mit dem Projektpartner Landkreis Calw zu klären, welche Auswirkungen die jetzt aktuell genehmigte Sanierung der Deponie "Tälesbach" (Hirsau/Fuchsklinge, Landkreis Calw) auf die Planungen und insbesondere auf die zeitliche Durchführung der Baumaßnahme "Schienenverbindung Calw – Weil der Stadt" hat und darüber im Kreistag zeitnah zu berichten.

III. **Begründung**

Vorbemerkung:

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Böblingen spricht sich klar für eine weitere Verbesserung des ÖPNV im Landkreis aus. Aus diesem Grund stehen wir auch weiterhin zur Reaktivierung der Bahnstrecke von Weil der Stadt nach Calw (ehemalige Württembergische Schwarzwaldbahn). Gerade auch durch die kürzlich in Betrieb genommene S60 können mit einer Anbindung des Landkreises Calw an das bestehende Schienen - ÖPNV – Netz, interessante Fahrgastbewegungen generiert werden – wobei die Hauptvorteile eindeutig beim Landkreis Calw liegen. Der Kreistag Böblingen hat sich dennoch mit mehreren Beschlüssen mehrheitlich dazu bekannt den Landkreis Calw bei diesem Vorhaben zu unterstützen und partnerschaftlich mit diesem zusammen zu arbeiten. Um diese Zusammenarbeit weiterhin partnerschaftlich zu gestalten, müssen aus unserer Sicht die o.g. Fragen zeitnah geklärt und Unsicherheiten beseitigt werden.

1. Der Kreistag Böblingen hat in seiner Sitzung vom 20.12.2010 beschlossen, dass die Verwaltung die Reaktivierung der **Strecke Calw - Weil der Stadt** weiter vorantreiben soll. Weiter wurde die Verwaltung beauftragt mit dem VRS die faktische Aufgabenträgerschaft der **S-Bahn Verbindung Calw-Weil der Stadt** zu klären und dass eine Beteiligung an den Kosten durch den Landkreis Böblingen durch die regio-

nale Verkehrsumlage erfolgen soll. (Quelle: Niederschrift zur Sitzung vom 20.12.2010)

Zwischenzeitlich stellen sich die Planungen - und auch das Vorhaben zur Durchführung des Projektes - des Landkreises Calw jedoch gänzlich anders dar (**neues Betriebskonzept**). Der Landkreis Calw geht nun offenbar davon aus, dass es eine Streckenführung **Calw – Renningen** geben wird. Diese Strecke soll auch nicht als S-Bahn sondern voraussichtlich als Diesel – oder Elektropendelbahn betrieben werden. Das ursprüngliche Ziel eine S-Bahn von Calw – umsteigefrei - über Weil der Stadt nach Stuttgart durchfahren zu lassen, wurde verworfen. Eine Einbindung als S-Bahn in das Netz des VRS soll somit nicht stattfinden.¹

Durch diese neue(n) Variante(n) wird folglich davon ausgegangen (siehe auch Ziffer 4 in der Beantwortung der Anfrage unserer Kreistagsfraktion vom 17.10.2012), dass der Landkreis Böblingen die gemeinsame Aufgabenträgerschaft mit dem Landkreis Calw und dementsprechend auch die anteilige Finanzierung der Bau und – Betriebskosten übernehmen wird. Letzteres steht aus unserer Sicht allerdings im Widerspruch zum Beschluss unseres Kreistages, wonach eine Beteiligung an den Kosten durch die regionale Verkehrsumlage erfolgen soll.²

Damit wird aus unserer Sicht für die aktuell dargestellten und vom Landkreis Calw favorisierten Varianten eine erneute Befassung des Kreistages mit dieser Angelegenheit erforderlich. Der Beschluss ging seinerzeit von völlig anderen Voraussetzungen aus, als den heutigen. Insbesondere fehlt es derzeit an einer Beschlusslage, die eine weitere Kostenbeteiligung an den Planungen (die derzeit offensichtlich einseitig vom LKR Calw getätigt werden) erlaubt. Eine erneute Befassung, unter Beachtung der geänderten Voraussetzungen (neues Betriebskonzept =

¹ Zur Aufgabenträgerschaft und zur Definition S-Bahn verweisen wir auf das Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS) §4 Abs. 1 Ziffer1

² "Eine Beteiligung an den Kosten für die Verlängerung der S-Bahn nach Calw erfolgt Kraft Gesetzes im Rahmen der regionalen Verkehrsumlage"

neue Beschlusslage) ist somit, auch gerade zur Erwirkung einer Rechtssicherheit für die Verwaltung, aus unserer Sicht notwendig. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass die partnerschaftlichen Informationen durch den Landkreis Calw sehr sparsam geflossen sind und der Kreistag Böblingen –aus unserer Sicht irrtümlich - im Glauben war, dass die Planungen im Sinne seines Beschlusses weitergeführt werden würden. Dies scheint jedoch offenbar nicht der Fall.

2. Wie oben beschrieben sind wir der Auffassung, dass die Verwaltung zur Zeit keine rechtssichere Legitimation durch den Kreistag mehr hat, weitere Planungskostenanteile an den Landkreis Calw zu zahlen. Aus diesem Grund halten wir es für geboten, die eingestellten Planungskosten mit einem Sperrvermerk zu versehen.
3. Trotz unserer Anfrage an die Verwaltung sowie weiteren Nachfragen im Umwelt- und Verkehrsausschuss an die Vertreter des Landkreises Calw, wurde dem Landkreis Böblingen als Projektpartner, voraussichtlichem Mitaufgabenträger und Mitunterzeichner eines GVFG – Förderantrages bis zum heutigen Tage eine Auskunft über die exakten Zahlenwerte der NKIs verweigert. Dieses Verhalten ist für uns außerordentlich befremdlich. Die Fortsetzung der Projektpartnerschaft setzt – aus unserer Sicht – aber eine vertrauensvolle Zusammenarbeit voraus. Es steht für uns außer Frage, dass dazu auch eine angemessene Informationspolitik durch den Landkreis Calw gehört.
4. Der Kreistag Böblingen hat in seiner Sitzung vom 20.12.2010 beschlossen, die Möglichkeit von Haltepunkten im Bereich Dätzingen/Schafhausen zu untersuchen. Wir stehen weiter für eine Anbindung von Dätzingen/Schafhausen, gerade auch, weil dies – mit Ausnahme von Weil der Stadt – die einzigen Haltepunkte im Kreisgebiet BB wären und somit der Landkreis auch einen direkten Nutzen von der Reaktivierung der Bahnstrecke hätte.

Nach den uns derzeit vorliegenden Informationen gehen wir allerdings davon aus, dass eine Reaktivierung unter Einschluss der Hackstbergsschleife keinen positiven NKI erreichen würde und somit nicht umgesetzt werden könnte. Wenn man von dieser Prämisse ausgeht, verbietet sich ein weiterer Verbrauch von Geldmitteln. Das Gutachten sollte daher – aus unserer Sicht – mit sofortiger Wirkung auf Eis gelegt werden. Eine etwaige Wiederaufnahme der gutachtlichen Untersuchung muss davon abhängig gemacht werden, ob es überhaupt zu einem akzeptablen NKI unter Einbindung der Hackstbergsschleife kommen kann. Hierzu muss der Landkreis Böblingen diese Informationen vom Landkreis Calw zeitnah einholen.

5. Die Altlast der ehemaligen Deponie im Bereich der Fuchsklinge (Hirsau; Landkreis Calw) muss vor dem Absturz gesichert werden. Hierzu werden über mehrere Jahre hinweg große Mengen an Erdmaterial in die Altlast eingebaut.

Pressemitteilungen haben wir entnommen, dass die Stadt Calw und eine Tochterfirma der Deutschen Bahn, als ehemalige Betreiberinnen der Deponie, die Sanierung jetzt auf den Weg bringen werden. Da die Altlast räumlich unmittelbar neben der zu reaktivierenden Bahnstrecke verläuft und nur durch Queren der Bahntrasse angefahren werden kann, halten wir es für wahrscheinlich, dass die Sanierung der Deponie weitreichende Konsequenzen für die Baumaßnahmen im Rahmen der Reaktivierung der Bahnstrecke hat. Auch hierzu sollte die Verwaltung Informationen beim Projektpartner Landkreis Calw einholen und darüber im Kreistag berichten.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Mundle



